FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

B-4/II-91

In dem Schiedsgerichts-Beschwerdeverfahren

Freie Demokratische Partei Landesverband Baden-Württemberg,

vertreten durch den Landesvorsitzenden K[1] aus S,

- Antragsgegner und Beschwerdeführer -

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt K[2] aus G,

g e g e n

Herrn S aus E,

- Antragsteller und Beschwerdegegner -

hat das Bundesschiedsgericht in der mündlichen Verhandlung vom 29. Oktober 1991 durch den Präsidenten

Dr. Hans Fuhrmann

und unter Mitwirkung der Beisitzer

Dr. Kurt Wöhler

Hermann Bach

Dr. Julius Goeser

Dr. Peter Lindemann

beschlossen:

1. Auf die Beschwerde des Antragsgegners wird der Beschluß des Landesschiedsgerichts Baden-Württemberg vom 4.10.1991 abgeändert.
2. Es wird festgestellt, daß der Antragsteller nicht Delegierter für den Bundesparteitag ist.

3. Kosten werden nicht erhoben, außergerichtliche Kosten und Auslagen nicht erstattet.
4. Gegenstandswert: DM 6.000,00

Gründe

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Baden-Württemberg am 5.1.1991 sind 61 Mitglieder zu Delegierten des Bundesparteitages gewählt worden, darunter der Antragsteller an 39. Stelle der Abteilung I. Die Wahl erfolgte aufgrund eines Delegiertenschlüssels, der am 1.2.1991 seine Wirksamkeit verlor. Mit Wirkung vom 1.2.1991 stellte nämlich die Bundesgeschäftsstelle die Delegiertenrechte der Landesverbände für die Amtsperiode der Delegierten vom 1.5.1991 bis zum 30.4. 1993 neu fest. Nach dem von der Bundesgeschäftsstelle errechneten Delegiertenschlüssel stehen dem Landesverband Baden-Württemberg für die neue Amtsperiode der Delegierten statt früher 61 jetzt nur noch 57 Delegiertenrechte zu.

Nach Eingang der Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle über die verbindliche Zahl der neuen Delegiertenrechte teilte der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes dem Antragsteller mit, daß die vier Delegierten mit den niedrigsten Stimmergebnissen zu streichen seien. Dies sei der Antragsteller, der auf dem Landesparteitag in Abteilung I kandidiert und 238 Stimmen erhalten hatte. Außer ihm würden noch drei weitere in Abteilung II gewählte Delegierte gestrichen, auf die bei der Wahl 238 und weniger Stimmen entfallen seien.

Die Wahl der Delegierten erfolgte auf dem Landesparteitag gem. § 17 der Landessatzung in zwei Abteilungen und in getrennten Wahlgängen. Die Ersatzdelegierten wurden gleichfalls in zwei Abteilungen in getrennten Wahlgängen gewählt.

Der Antragsteller hat das Landesschiedsgericht angerufen und dabei die Auffassung vertreten, daß bei einer Verringerung der Delegiertenzahl lediglich Delegierte entfielen, die in Abteilung II gewählt worden seien.

Er hat beantragt festzustellen,

daß er aufgrund der Wahl auf dem Landesparteitag vom 5.1.1991 weiterhin Delegierter für den Bundesparteitag ist.

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Antrag zurückzuweisen.

Er hat die Auffassung vertreten, eine Rangfolge zwischen den Abteilungen I und II bestehe nach vollzogener Wahl nicht. Der Wegfall von Delegiertenrechten müsse deshalb nach der erreichten Stimmzahl vorgenommen werden, wobei die Stimmergebnisse beider Abteilungen zusammenzurechnen seien.

Das Landesschiedsgericht hat ohne mündliche Verhandlung am 4.10.1991 wie folgt beschlossen:

Es wird festgestellt, daß der Antragsteller aufgrund der Wahl auf dem Landesparteitag vom 5.1.1991 weiterhin Delegierter für den Bundesparteitag ist.

Gegen diese Entscheidung richtet sich die Beschwerde des Antragsgegners. Mit ihr verfolgt er sein auf Abweisung des Antrages gerichtetes Begehren weiter.

Der Antragsteller bittet, die Beschwerde zurückzuweisen.

Antragsteller und Antragsgegner wiederholen und ergänzen ihr Vorbringen im 1. Rechtszug. Wegen der Einzelheiten wird auf die Schriftsätze der Parteien Bezug genommen.

Die zulässige Beschwerde des Antragsgegners hat Erfolg.

Das Begehren des Antragstellers ist unbegründet.

§ 17 Abs. 5 der Satzung des Landesverbandes Baden-Württemberg beinhaltet keine Rangfolge der beiden Abteilungen mit der vom Landesschiedsgericht angenommenen Wirkung, daß bei einer nach erfolgter Wahl eintretenden Verminderung der Delegiertenzahl lediglich Delegierte aus der Abteilung II ihre Delegiertenrechte verlieren. Das würde gegen § 6 der Geschäftsordnung zur Bundessatzung verstoßen, die nach § 31 der Bundessatzung übergeordnetes Recht darstellt.

Zwar ist dem Landesschiedsgericht beizupflichten, daß die Wahl der Delegierten in Abteilung I nach § 17 Abs. 5 der Satzung gewährleisten soll, daß jeder Kreisverband bzw. jede Zählgemeinschaft einen Delegierten zum Bundesparteitag entsenden kann. Erst dann nämlich, wenn jeder Kreisverband oder jede Zählgemeinschaft bei der Aufstellung der Liste Abteilung I berücksichtigt ist, wird für die restlichen auf die Bezirke entfallenden Delegierten die Liste der Abteilung II aufgestellt. Insofern besteht ein Vorrang der Abteilung I. Dieser Vorrang gilt jedoch nur für die Erstellung der Liste.

Ist die Liste der Abteilung I verbindlich zustande gekommen, danach die Liste für die Abteilung II aufgestellt und hat sodann der Landesparteitag die Delegierten gewählt, so ist davon auszugehen, daß keinerlei Vorrang einer der beiden Abteilungen mehr gegeben ist, da nunmehr § 6 der Geschäftsordnung zur Bundessatzung eingreift.

Der Fall, daß derartige Wahlen erfolgen, ohne daß dem Landesverband die verbindliche Zahl seiner Delegierten bekannt ist, wird in der Satzung nicht geregelt. Diese geht offenkundig davon aus, daß beim Wahlparteitag die Zahl der auf den Landesverband entfallenden Delegiertenrechte zum Bundesparteitag feststeht. Wenn, wie hier, der Landesverband sich aus politischen Gründen entschließt, die Delegierten in Verbindung mit einem Großereignis für die FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI, dem Dreikönigstreffen am 5.1.1991, wählen zu lassen, ohne zu diesem Zeitpunkt die von der Bundesgeschäftsstelle erst später festzustellende Zahl der auf den Landesverband entfallenden Delegierten zu kennen, so liegt das damit verbundene Risiko beim Landesverband und den gewählten Delegierten. Der Landesverband muß dann, nach der Wahl, feststellen, welche der gewählten Delegierten zum Bundesparteitag entfallen.

Da nach abgeschlossener Wahl eine Rangfolge der zwei Abteilungen - wie noch bei der Erstellung der Listen gegeben - nicht mehr besteht, der Landesverband aber nur die ihm vorgegebene Zahl von stimmberechtigten Delegierten entsenden kann, müssen von den gewählten Delegierten diejenigen bestimmt werden, die wegfallen.

Die in den Abteilungen I und II Gewählten haben gleiche Qualität. Unter ihnen können nur unter Anwendung von § 6 Absatz 3 der Geschäftsordnung zur Bundessatzung diejenigen ermittelt werden, deren Mandat entfällt.

Das sind im vorliegenden Fall drei in Abteilung II gewählte Delegierte und der in Abteilung I gewählte Antragsteller, die 238 und weniger Stimmen erhalten haben.

Die vom Landesschiedsgericht seiner Entscheidung zugrunde gelegte Überlegung, daß wegen der getrennten Wahlgänge das Prinzip der relativen Mehrheit nicht angewendet werden könne, da es lediglich für den jeweiligen Wahlgang Geltung habe, führt nicht zu einem zutreffenden Ergebnis. Die meisten Delegierten des Landesparteitages rechnen nicht mit der Möglichkeit des nachträglichen Wegfalls von Delegiertenrechten zum Bundesparteitag und können sich deshalb für ihre Entscheidung, ob sie überhaupt am Wahlgang teilnehmen und für den sie stimmen sollen, darauf nicht einstellen. Ähnliche Überlegungen treffen für die Kandidaten selbst zu. Sie lassen sich bei ihrem Entschluß, sich für eine Kandidatur in Abteilung I oder erst in Abteilung II zu bewerben, nicht von der Überlegung leiten, daß bei einer nach der Wahl vorzunehmenden Verminderung der Delegiertenzahl die entfallenden Delegiertenrechte lediglich der Abteilung II entnommen werden. Ihre Unkenntnis darüber beeinflußt ihre Bewerbungsentscheidung.

Zu einem gerechten Ergebnis kann deshalb lediglich die für beide Abteilungen zusammengerechnete Stimmenzahl führen. Zwar wird dadurch das von der Landessatzung in § 17 Absatz 5 angestrebte Ziel beeinträchtigt, jedem Kreisverband bzw. jeder Zählgemeinschaft tunlichst einen Delegierten zum Bundesparteitag zu gewährleisten. Das ist aber eher hinzunehmen als die Feststellung, es handele sich bei den in Abteilung I und Abteilung II gewählten Delegierten um solche unterschiedlicher Qualität. Das will § 6 der Geschäftsordnung zur Bundessatzung mit Recht verhindern.

Um künftig eine spätere Veränderung von Delegiertenrechten mit den für Betroffene bestehenden Härten zu vermeiden, wird der Landesverband geeignete Vorsorge zu treffen haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 28 Abs. 1 und Abs. 3 SchGO